



Armutsgefährdung von Alleinstehenden nimmt zu

Nachricht von Sabine Zimmermann, 13. Februar 2018

Die Armutsgefährdung von Alleinstehenden (Haushaltstyp)¹ hat sich in Deutschland deutlich erhöht. Waren im Jahr 2006 21,5 Prozent aller Alleinstehenden armutsgefährdet, ist es 2016 jede/jeder Dritte gewesen (32,9 Prozent). Damit liegt die Armutsgefährdung von Alleinstehenden in Deutschland deutlich über dem EU-Schnitt von 25,6 Prozent.

Die Armutsgefährdungsgrenze lag in Deutschland im Jahr 2016 bei 12.765 Euro im Jahr bzw. 1.063,75 Euro pro Monat (60 Prozent des Medianeinkommens).

Auch die Armutsgefährdung von Alleinstehenden in Arbeit stieg von 10,1 Prozent im Jahr 2006 auf 17 Prozent in 2016 an.

Dies geht aus aktuellen Daten des Europäischen Statistikamts Eurostat hervor, die die Bundestagsabgeordnete Sabine Zimmermann ausgewertet hat.

Die stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE erklärt dazu:

"Armut breitet sich zunehmend in Deutschland aus. Sie ist da und kann sich nicht verstecken. Im

europäischen Vergleich hat Deutschland einen ausgeprägten Niedriglohnsektor. Um Armut zu bekämpfen, braucht es ein umfassendes Konzept. Eine neue Bundesregierung muss hier einen Schwerpunkt setzen."

Zimmermann weiter:

"Prekäre Beschäftigung ist zurückzudrängen. Unter anderem muss der Mindestlohn auf 12 Euro erhöht werden. Leiharbeit ist zu verbieten und sachgrundlose Befristungen dürfen nicht länger möglich sein. Eine neue Bundesregierung muss dringend die Rahmenbedingungen für gute Arbeit schaffen. Zudem muss die soziale Sicherung bei Erwerbslosigkeit existenzsichernd ausgestaltet werden. Die gesetzliche Rente muss gestärkt und armutsfest gemacht werden."

¹ In Deutschland lebte 2016 in rund 41 % aller Haushalte eine Person (16,43 Millionen). Der Anteil lag deutlich über dem EU-Durchschnitt von 33 %.